

## **Gegen Naziterror und deren Unterstützer!**

Wir gedenken hier heute den über 180 Opfern rechter Gewalt seit 1990. Wir gedenken auch den zehn Menschen, welche der NSU, einer braunen Terrorzelle, zum Opfer wurden. Selbst heute, 66 Jahre nach Ende der Nazidiktatur in Deutschland hört ihr Morden nicht auf.

In den letzten Wochen ging großes Erstaunen durch Politik und Medien. Großes Erstaunen über das plötzliche, unerwartete Auftreten dieser neofaschistischen Terrorbande.

Noch im Sommer diesen Jahres präsentierte Bundesinnenminister Friedrich den Verfassungsschutzbericht und konnte keine nennenswerten Fakten über eine Gefahr vom rechten Rand benennen.

Und das, obwohl faschistische Organisationen, wie das gescheiterte NPD-Verbot 2003 bewiesen hat, von Vertrauensleuten des Verfassungsschutzes durchzogen sind. Diese V-Leute liefern den Sicherheitsbehörden Insiderwissen aus der rechten Szene und werden dafür mit Geld entschädigt. Nun gab der Verfassungsschutz Millionenbeträge für Informationen aus und berichtete dennoch nichts brauchbares.

Dafür, dass er nichts lieferte, blies der Geheimdienst Unmengen Steuergelder in den braunen Dunstkreis, den dieser zum Aufbau und zur Stärkung seiner Strukturen gerne annahm.

Der Verfassungsschutz, der nach eigenen Angaben, zu einer wehrhaften Demokratie gehört, hat hier sein wahres Gesicht gezeigt. Gegründet wurde er von Nazis, welche zuvor in der SS und der Gestapo ihr menschenverachtendes Mordwerk verübten, nun über Nacht Demokraten geworden waren, und somit das geistige Fundament dieser Behörde legten.

Das Wegschauen bei rechter Gewalt zieht sich durch die Geschichte der Bundesrepublik. Sei es der Anschlag auf das Oktoberfest 1980, seien es die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und anderen Orten. So war es dem Verfassungsschutz am Beispiel des Oktoberfestattentates wichtiger, die Verwicklungen zwischen CSU und der militanten Nazimeute „Wehrsportgruppe Hoffmann“ zu vertuschen, anstatt den faschistischen Hintergrund aufzudecken.

Wieviele Übergriffe mit rassistischem, antisemitischem und nationalistischen Hintergrund werden nicht als solche benannt.

Das Jagen von Migranten durch Städte und Dörfer, das Sprühen von Hakenkreuzen und SS-Runen, das Schänden jüdischer Friedhöfe, wird kategorisch entpolitisiert. Viele Gemeinden möchten, sei es auch nur wegen ihren Ansehen, kein Naziproblem haben. Wie oft hört man die Mär von dummen Jungenstreichen, von betrunkenen, gelangweilten Dorfjugendlichen und ähnlichem.

In dieses Bild paßt auch der Umgang mit den Opfern der NSU. Sie waren sämtlich türkischer und griechischer Herkunft, was die Behörden dazu veranlaßte, die Täter als Migranten und die Opfer in kriminelle, mafiöse Strukturen zu verorten. Schnell war auch der Begriff „Dönermorde“ geschaffen, um das Problem auf ausländische Kreise zu beschränken.

Die Gewalt rechter Kreise beschränkt sich nicht nur auf den Osten Deutschlands. Allein in diesem Jahr gab es hier in Baden-Württemberg mehrere Mordversuche von Neonazis an jungen Antifaschisten und Migranten. Sei es der Schuß mit einer

Gaspistole ins Gesicht eines Jugendlichen in Leonberg, sei es der Überfall und Mordversuch von neofaschistischen Kräften auf eine Gartenfeier einiger migrantischer Mitbürger im Rems-Murr-Kreis, unseren Nachbarkreis. In dessen Verlauf wurden die Gartenhütte, in der sie vor den Angreifern Schutz suchten, angezündet und somit versucht, sie zu verbrennen.

Dem noch nicht genug, wurde anfang Oktober ein junger Antifaschist von einem Nazikader mit voller Absicht mit dem Auto überfahren und lag anschließend mehrere Tage auf der Intensivstation.

Die Zeit ist mehr als reif, den Verfassungsschutz aufzulösen. Hat er doch mehr als seinen Unmut zur Schau gebracht, gegen die neofaschistische Gefahr und Terror vorzugehen. Nicht nur, das er über das gewalttreibende Morden informiert war, er war sogar mit anwesend.

Eine Demokratie darf ihre Sicherheit nicht solch einem rechtsoffenen Geheimbund alter Nazis überlassen. Soll sie so wehrhaft sein, wie dies die Politik ständig vorbetet, bedarf es keines Geheimdienstes. Vielmehr ist hier das Engagement der Menschen gefragt. Sich offen gegen Rassismus und Faschismus zu positionieren, gegen rechte Banden auf die Straßen zu gehen, ihre Aufmärsche zu blockieren und ihre Propaganda aus dem Alltag zu entfernen sollte eine Selbstverständlichkeit sein und nicht, wie so oft dieser Tage, kriminalisiert werden.

Diese Kriminalisierung ist in Kirchheim seit einigen Jahren wieder verstärkt zu erleben. So werden jungen Menschen in Handschellen aus der Schule geführt, ihnen wie Schwerverbrechern die Fingerabdrücke genommen und Fotos gemacht. Die Tatvorwürfe sind in diesen Fällen abenteuerlich konstruiert. Die Taten sind dann meist Selbstverständlichkeiten wie das Entfernen von Nazi-Propaganda oder das Blockieren von Naziaufmärschen. Der Staatsschutz, das ist die politische Polizei, versucht so, Druck auf die Jugendlichen und ihr Umfeld aufzubauen um sie damit einzuschüchtern und von weiterem antifaschistischem Engagement fernzuhalten.

Verfassungsschutz auflösen!

Gegen die Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand!

Für die Freiheit, für das Leben- Nazis von der Straße fegen!